

Den aktuellen Aufschwung und den damit verbundenen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit verbucht die Bundesregierung mit der gleichen Dreistigkeit als Ergebnis ihrer Politik wie das gute Wetter.

Die tatsächliche Entwicklung sieht leider trüber aus. Auch in diesem Jahr wird die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen im Durchschnitt bei ca. 4 Millionen liegen. Neu entstandene sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sind überwiegend prekäre Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit und geringfügige Beschäftigungen.

Die eigentlichen VerliererInnen sind aber die Langzeitarbeitslosen. Laut einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wird der Anteil der Langzeitarbeitslosen dieses Jahr auf 67 % steigen. Anfang 2006 lag er noch bei 58 %. Diese Entwicklung verfestigt Armut und schränkt die Möglichkeiten der Teilhabe der Betroffenen am gesellschaftlichen Leben dauerhaft ein.



Die Ursachen der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit liegen vor allem im Fehlen einer aktiven Beschäftigungspolitik sowie in falschen Weichenstellungen der letzten Jahre. Mit den Hartz-Gesetzen ist es nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. Stattdessen

Öffentliche Beschäftigung ausbauen



trugen sie und die von der Großen Koalition auf den Weg gebrachten Folgegesetze erheblich zur Verschärfung der sozialen Lage der von Arbeitslosigkeit Betroffenen bei.

Zudem wurden im Jahr 2005 fast 3 Mrd. Euro zu Verfügung stehender Mittel nicht wie geplant für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser eingesetzt. Allein in Bochum überwies die ARGE im Juli 2006 neun Millionen Euro (von 27,3 Mio, das sind 33% der Mittel) an den Bund zurück. Damit sich das nicht wiederholt, hat die Linksfraktion im Stadtrat eine entsprechende Anfrage eingebracht.

Vor allem fehlt es aber an einer dauerhaften Lösung für die allein in Bochum über 10.000 registrierten Langzeitarbeitslosen. Diese besteht in einer öffentlich geförderten Beschäftigung, die sozial und tariflich gesicherte Arbeitsplätze vor allem im Bereich der sozialen, ökologischen und kulturel-

len Dienstleistungen schafft. Die Stadt Bochum ist mit der Einrichtung von 182 Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt zu Tariflohn einen ersten Schritt in diese Richtung gegangen. Auf Antrag der Fraktion der

Linkspartei.PDS wurde beschlossen, dass die Beschäftigungsdauer mindestens 12 Monaten betragen soll, damit die Arbeitslosen eine längerfristige Perspektive und später auch Anspruch auf Arbeitslosengeld I erhalten. Leider verweigert die ARGE bis heute die Umsetzung. Die Linksfraktion wird sich dafür einsetzen, dass tariflich abgesicherte Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt und einer Minderdauer von 12 Monaten bei der Stadt und bei anderen Trägern deutlich ausgeweitet werden, um den gesellschaftlichen Skandal der Massenarbeitslosigkeit auch vor Ort zu bekämpfen. Allerdings bedarf es auch verbesserter Rahmenbedingungen im Bund. Dazu hat die Linksfraktion im Bundestag beantragt, öffentliche Beschäftigung vor allem in Regionen mit Strukturproblemen deutlich auszuweiten. Davon würden auch das Ruhrgebiet und Bochum profitieren.

Uwe Vorberg

Beratungsstellen für Arbeitslose



Einen Antrag auf Arbeitslosengeld zu stellen oder mit der ARGE über die angemessenen Mietkosten zu verhandeln, bedarf einer gewissen Ausdauer und Nervenstärke. Nicht wenige lassen sich sogar soweit abschrecken, dass sie trotz berechtigten Anspruchs keinen Antrag mehr stellen und z.B. ihr Schonvermögen aufbrauchen. Wir möchten hier auf einige Beratungsangebote in Bochum hinweisen, die Betroffenen unbürokratisch und kompetent weiter helfen.

Kostenlose Beratung ohne Mitgliedschaft:

Ev. Beratungsstelle für Arbeitslose, Laerstr. 11, Tel.: 35 00 91
Unabhängige Sozialberatung (ehrenamtlich), Rottstraße 31, Di. 16 – 18, Do. 11 – 13 Uhr, Tel.: 547 29 57 während der Beratungszeit, sonst: 46 01 69

Für Gewerkschaftsmitglieder:

Ver.di, Universitätsstr. 76, Tel.: 96 408-0
IG Metall, Jahrhunderthaus, Alleestr. 80, Tel.: 96 446-0, jeden 1. und 3. Montag im Monat 9 – 13 Uhr Beratung vor Ort

In Wohnungsfragen für Mitglieder:

Mieterverein Bochum-Hattingen, Brückstr. 58, Tel.: 961 14-0

Haushalt verabschiedet

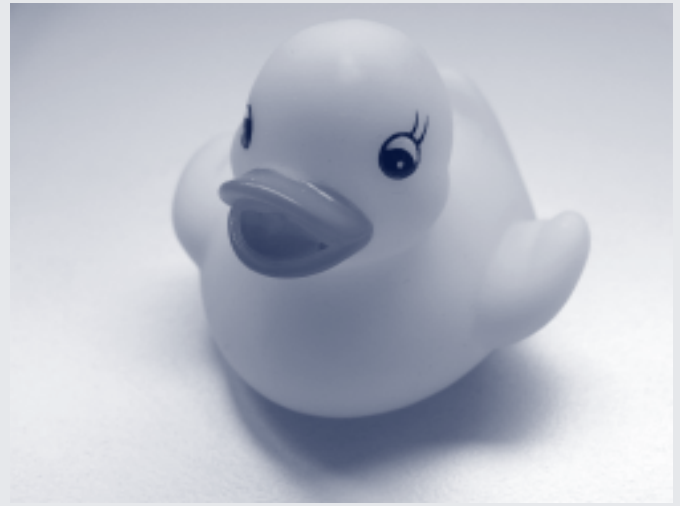
In den letzten Wochen und Monaten hat die Diskussion um den städtischen Haushalt viel Zeit und Arbeit auch in unserer Fraktion in Anspruch genommen. Wir haben versucht, mit mehreren Anträgen gestalterisch in die Haushaltsberatungen einzugreifen. Anträge, die unserer Meinung nach dem Haushalt eine sozialere, ökologischere und auch ökonomisch sinnvollere Ausrichtung gegeben hätten. Um es vorwegzunehmen: Alle unsere Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt.

Da die Haushaltslage der Stadt immer noch sehr angespannt ist, wollten wir die Gewerbesteuer um 2,2 % erhöhen. Bei einem Gewinn von 120.000 Euro hätte ein Unternehmen 300 Euro mehr Steuern im Jahr zahlen müssen. Für Bochum hätte das Mehreinnahmen von rund 3 Mio. Euro allein im Jahr 2007 bedeutet. Geld, das eingesetzt werden könnte, um dringend notwendige Sanierungen an Schulen vorzunehmen. Geld, das aber auch gebraucht werden könnte, damit z.B. die

Elternbeiträge für Kindergärten nicht wieder erhöht werden müssen, so wie es in Bochum geschehen ist.

Neben der Verbesserung der Einnahmeseite ging es uns auch darum, die vorhandenen Mittel sinnvoll einzusetzen. Selbstverständlich haben wir beantragt alle Mittel, die im Zusammenhang mit 1-Euro-Jobs bei der Stadt stehen, zu streichen. Ein-Euro-Jobs stellen finanziell keine Grundlage dar, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Sie eröffnen keinerlei Chancen für den ersten Arbeitsmarkt, sondern bergen immer die Gefahr, reguläre Arbeitsplätze zu verdrängen.

Auch unter ökologischen Aspekten haben wir uns in die Haushaltsdebatte eingebracht. Die Planungskosten für den Anschluss der Westtangente wollten wir gestrichen sehen. Das zugrunde liegende Konzept würde auf jeden Fall ein Mehr an Verkehr nach sich ziehen. Ein Mehr mit all seinen Konsequenzen wie Lärm, Feinstaub etc.. Und ein Mehr an Kosten, die zurzeit für



die Stadt auf über 6 Mio. Euro geschätzt werden.

Darüber hinaus wollten wir die Mittel für die Haltestelle Bio-Medizin-Park an der U 35 (bis 2009 Ausbaurkosten von 3,3 Mio. Euro) einsparen. Wir treten entschieden für den Ausbau des ÖPNV ein. Aber noch steht kein einziges Gebäude des Biomedizinparks, noch ist völlig unsicher, wie viele Menschen dort jemals arbeiten werden und wie viele davon mit der Straßenbahn fahren würden. Solange es keine vernünftigen Zahlen gibt, so lange halten wir dieses Projekt für zu teuer und unsinnig.

Da hätte man besser einen winzigen Bruchteil des Geldes in Ferienmaßnahmen für Jugendliche im Sozial-Betreuen-

Wohnen bereitstellen sollen. Gerade diese Jugendlichen kommen aus extrem schwierigen Lebenssituationen und ein kleiner Urlaub wäre für sie eine sehr positive Erfahrung. Aber für die 5.000 Euro, die wir dafür beantragt hatten, ließ sich keine Mehrheit finden.

Die Rot/Grüne Koalition und in vielen Fällen die ganz große Koalition im Rat hat bei der Aufstellung des Haushalts die Chance vertan, einige mutige innovative Schritte zu tun. Ein sozialerer, ökologischerer und auch ökonomisch sinnvollerer Haushalt wäre möglich gewesen. Aber diese Chance wurde wie in den Vorjahren nicht ergriffen. Deshalb hat unsere Fraktion dem Haushalt auch in diesem Jahr ihre Zustimmung verweigert.

Ernst Lange

Kostenloses Girokonto bei ALG II

Die Linke.PDS-Fraktion ist der Meinung, dass die Sparkasse endlich ein kostenfreies Girokonto für ALG-II-BezieherInnen einführen sollte. Im Oktober 2005 gab es bereits einen Vorstoß der Sozialen Liste, die ihren Antrag jedoch zurückzog. Ein- einhalb Jahre lang tat sich nichts. Wir hielten diesen Zustand nicht für tragbar und beantragten auf der Ratssitzung im April, ein kostenfreies Girokon-

to bei der Sparkasse einzurichten. Für ALG-II-BezieherInnen stellen die Kontoführungsgebühren eine große Belastung dar. Schlagen doch die Grundgebühr und nur drei Überweisungen schon mit 3 Euro monatlich zu Buche. Bei der Berechnung des ALG II werden aber nur pauschal 50 Cent zu Grunde gelegt. In der heutigen Zeit laufen fast alle Geschäftsbeziehungen wie Miete, Strom und Telefon bargeldlos

ab. Von daher ist für die ALG-II-BezieherInnen, die jeden Euro dreimal umdrehen müssen, ein gebührenfreies Konto immens wichtig. Im Gegensatz zu diesen Menschen ist die Sparkasse finanziell sehr gut aufgestellt. Führt sie doch in diesem Jahr 4,6 Mio. Euro an den städtischen Haushalt ab; mehr als 1 Mio. Euro als im vergangenen Jahr. Genug Geld ist also da. Nach einer, aus unserer Sicht,



abstrusen Diskussion im Rat wurde der Antrag zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss verwiesen.

Geplante Gemeindeordnung gefährdet Stadtwerke

Die Landesregierung in Düsseldorf plant noch in diesem Jahr eine umfassende Reform der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung. Im Rahmen dieser Reform ist unter anderem eine deutliche Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Kommunen vorgesehen. So sollen kommunale Unternehmen in Zukunft nur noch tätig werden dürfen, um einen dringenden öffentlichen Zweck zu erfüllen, sofern dieser durch Privatunternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann („Privat vor Staat“).

Nach Auffassung der Landesregierung sind die geplanten Änderungen für die Stadtwerke unkritisch, weil sie für die Kernbe-



reiche Energie- und Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr und Telekommunikation nicht gelten. Zudem garantiere eine Bestandsschutzregelung, dass alle bereits genehmigten Betätigungen fortgeführt werden dürften.

Aus Sicht der Stadtwerke stellt sich das allerdings ganz anders dar. So ist es zwar richtig, dass die Kernbereiche der Energie- und Wasserversorgung

von den neuen Regelungen ausgenommen sind. Die kommunalen Versorger haben aber keine Zukunft, wenn sie nur in diesen Kernbereichen tätig sein dürfen. Die Stadtwerke verlieren hier im Wettbewerb Kunden an die Konkurrenz und stehen unter einem enormen Kostendruck. Gleichzeitig kürzen die zuständigen Behörden rigoros die Entgelte für die Durchleitung von Energie durch die Netze der Stadtwerke – die Stadtwerke Bochum werden dadurch 2007 einen Erlösrückgang in zweistelliger Millionenhöhe zu verzeichnen haben.

Derart starke Erlösrückgänge müssen die Stadtwerke Bochum ausgleichen, etwa durch Aktivitäten im Kraftwerksbau, bei der Erdgasspeicherung oder kundennahe Dienstleistungen wie Contracting. Ein solches Engagement will man den Stadtwerken in Zukunft aber verwehren. Auch wird die neue Gemeindeordnung den Stadtwerken nicht mehr erlauben, außerhalb ihres Versorgungsgebietes Kunden zu werben – Kundenverluste im eigenen Versorgungsgebiet können sie dann nicht mehr durch Kundenzuwächse in anderen Gebieten ausgleichen.

Die von der Landesregierung in Aussicht gestellte Bestandsschutzregelung bietet den Stadtwerken in dieser Situation keinerlei Hilfe. Im Energiemarkt werden nur solche Unternehmen dauerhaft erfolgreich sein, die sich weiterentwickeln – und genau dies verhindert ein Bestandsschutz.

Die geplante Änderung der Gemeindeordnung wird mittelfristig zu erheblichen Erlöseinbrüchen bei kommunalen Unternehmen wie den Stadtwerken



Bochum führen. Bei den Stadtwerken selbst wird dies zum Abbau einer großen Zahl von Arbeitsplätzen führen. Hinzu kommen wirtschaftliche Folgeeffekte für das lokale Umfeld der Stadtwerke, denn diese sind bedeutender Auftraggeber für das örtliche Handwerk und andere lokale Dienstleister. Hier werden zahlreiche weitere Arbeitsplätze wegfallen. Schließlich wird mit dem wirtschaftlichen Niedergang der kommunalen Unternehmen auch das soziale, kulturelle und Breitensportliche Engagement der Stadtwerke versiegen. Die Stadt Bochum würde damit ein erhebliches Stück an Lebensqualität verlieren.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke Bochum haben gegen die neue Gemeindeordnung protestiert. Sie wenden sich dabei nicht gegen den Wettbewerb. Ganz im Gegenteil: Sie fordern den Wettbewerb und die Möglichkeit, daran teilzunehmen – im Sinne der Bochumer Bürgerinnen und Bürger genauso wie zum Erhalt der eigenen Arbeitsplätze.

*Dr. Benjamin Zemlin
Unternehmensentwicklung Stadtwerke Bochum*

Wir sind für Sie da

Immer montags bietet unsere BürgerInnensprechstunde von 16.30 - 18.00 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Rats- und Ausschussmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1-3 persönlich und telefonisch unter 910-1295 zur Verfügung:

7. Mai: Uwe Vorberg, Mitglied des Rates und im Ausschuss Arbeit, Wirtschaft, Grundstücke

14. Mai: Bianca Schmolze, Mitglied des Rates, des Migrationsausschusses und des Agenda-Beirates

21. Mai: Ernst Lange, Mitglied des Rates, des Sozial-/Gesundheitsausschusses und des Jugendhilfeausschusses

4. Juni: Anna-Lena Orłowski, Mitglied des Schulausschusses

11. Juni: Peer Wollnik, Mitglied des Ausschusses Stadtentwicklung und Verkehr

18. Juni: Denis Herrenbrück, Mitglied des Umweltausschusses

Auf tönernen Füßen

Jetzt ist es also beschlossen: Ab dem Jahr 2008 soll mit dem Bau des Konzerthauses an der Marienkirche begonnen werden. Sicher in diesem Haus werden schöne Töne und Klänge zu hören sein; aber das ganze Gebilde steht auf tönernen Füßen. Weil Norman Faber seine Spende von 5 Mio. Euro an Bedingungen, wie Entscheidung bis Ende Februar und Standort Marienkirche, knüpfte, hat die Mehrheit des Rates eine Entscheidung gefällt, die die Stadt noch teuer zu stehen kommt. Der Bau dieses Hauses soll rund 30 Mio. Euro kosten. Durch den Anteil der Stadt und diverser Spenden sind mittlerweile 23 Mio. Euro zusammen. Wie die Deckungslücke geschlos-



sen werden soll, steht noch in den Sternen.

Der städtische Anteil an den Herstellungskosten soll nicht mehr als 15 Mio. Euro betragen. Da die Stadt diese Summe nicht

aus der Portokasse finanzieren kann, wird eine Kreditaufnahme nötig. Bei einer geplanten Laufzeit von 26 Jahren werden so durch Zinsen und Kreditfinanzierungskosten aus 15 schnell

32 Mio. Euro. Doch damit nicht genug. Zu der jährlichen Belastung durch das Abtragen des Kredites muss die Stadt ja noch die anfallenden Betriebskosten des Konzerthauses übernehmen. Unsere Fraktion hat ausgerechnet, dass der städtische Haushalt mit mindestens 1,5 Mio. Euro jährlich belastet wird, nachdem der Bau vollendet ist. Dieser Zahl hat niemand aus den Reihen der KonzerthausbefürworterInnen widersprochen. Unter der Vorgabe eines ausgeglichenen Haushaltes wird dieses Geld fehlen. Fehlen bei anderen kulturellen Projekten, aber auch bei Sanierungsmaßnahmen im Bereich von Schulen etc.

Aber nicht nur aus finanziellen Gründen hat unsere Fraktion deutlich nein zu diesen Plänen für das Konzerthaus gesagt. In einer Anfrage haben wir unter anderem auch bauliche Aspekte wie behindertengerechter Zugang, Parkplatzsituation und die Anbindung an die Marienkirche thematisiert. Auch zu diesen Problemfeldern war die Auskunft der Verwaltung für uns nicht ausreichend. (Die Anfrage inklusive Antwort ist auf unserer Internetseite abrufbar.) Um es noch einmal deutlich zu sagen: Auch wir wollen, dass die Symphoniker unter optimalen Bedingungen arbeiten. Aber zu diesem Konzerthaus können wir nur nein sagen.

Jürgen Plagge-Vandelaar

Jetzt aber mal das Portemonnaie gezückt!

Da Herr Faber mit seiner Millionenspende für das Konzerthaus so vorbildlich voran gegangen ist, können wir NormalverdienerInnen uns nicht lumpen lassen.



Gilt es doch die fehlenden Millionen, die noch gebraucht werden, um die Spielstätte zu errichten, zu spenden. Da ist es hilfreich, dass der Freundeskreis der Bochumer Symphoniker einen Flyer herausgegeben hat, in dem wir unsere Spendensumme über 250, 1000 oder 5000 Euro gleich eintragen können.

Mögliche GeringverdienerInnen können auch eine kleinere Summe angeben. Dies ist eine großartige Idee, die belegt wird, wie sehr sich unsere BürgerInnen mit den Highlights dieser Stadt und ihren Hoffnungsträgerinnen identifizieren. Deshalb gilt jetzt auch für die letzten BedenkenträgerInnen: Jah-

resurlaub verschieben; Gänseleber und Trüffel sind nicht nur unökologisch, sondern im Dienste der Sache auch zu teuer. Getreu dem Motto „Bau auf, bau auf!“ gilt es jetzt in einer grandiosen Aufbauleistung alle Nebensächlichkeiten hinten an zustellen und im Sinne unserer gemeinsamen Sache zu spenden.

IMPRESSUM

Die Linke.PDS-Ratsfraktion Bochum
Ernst Lange (V.i.S.d.P.)
Altes Postgebäude
Willy-Brandt-Platz 1 – 3
44777 Bochum
Tel.: 0234 – 910-1295 /-1296
Fax: 0234 – 910-1297
PDSRatsfraktion@bochum.de
www.linksfraktion-bochum.de
Fotos: aboutpixel.de (S.4)
pixelquelle.de (S.1,2,3,4)
Die Linke.PDS Archiv (S.1)
Stadtwerke Bochum (S.3)

LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion.PDS erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname Straße, Hausnummer Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse:

.....@.....